



Michael Aggelidis, Rechtsanwalt, verheiratet, 2 Kinder

Europawahl 2019: Bewerbung um ein Votum des Landesrats NRW für eine Kandidatur zum Europäischen Parlament auf einem aussichtsreichen Listenplatz

Die Wirtschaftspolitik des Hegemons Deutschland zerstört durch seine exportorientierte Politik das volkswirtschaftliche Gleichgewicht in der Europäischen Union zu Lasten insbesondere der Länder des Südens, erzeugt dort Arbeitslosigkeit, Armut und Austerität. Hier verbucht Deutschland volkswirtschaftlich schädliche Haushaltsüberschüsse, ohne diese in die marode Infrastruktur in Bauten, Bildung und Umwelt zu investieren. Dies ruft bei immer mehr Ökonomen weltweit scharfe Kritik hervor.

Der Internationale Währungsfonds, renommierte Ökonomen wie Krugman und Stieglitz kritisieren Deutschland für seine verfehlte Politik. Diese Politik der schwarzen Null und eine Politik der Niedriglöhne hat in Deutschland, aber auch in der EU z.B. in Griechenland, Italien und Spanien verheerende Auswirkungen. Die Europäische Union folgt mit den Verträgen von Maastricht bis Lissabon, inklusive dem neoliberalen

Fiskalpakt, der den einzelnen Ländern die Austerität bis in die nationalen Rechtssysteme auferlegt, dieser falschen und schädlichen Politik. Die Institutionen der EU wie etwa die Kommission, der Ministerrat und der Europäische Gerichtshof, aber auch und gerade der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM und die Eurogruppe sichern diese Politik der Austerität und somit des Zerfalls der Infrastruktur und zunehmender Verarmung ab.

Eine Überwindung dieser zerstörerischen Politik kann nach Meinung Vieler innerhalb der EU kaum mehr gelingen. Die linken Stimmen, die diese Überzeugung teilen, sind vor allem im europäischen Süden stärker geworden. Aber unabhängig davon, ob man Europa neu gründen will oder noch Chancen sieht, die EU zu verändern, das neue Europa kann nur ein demokratisches, nachhaltiges und föderatives sein. Egal, welche Form wir wählen, es kommt auf die Kräfteverhältnisse an - so müssen Länder z.B. glaubhaft mit einem Austritt aus dem Euro drohen können, um notwendige Veränderungen zu erzwingen und DIE LINKE muss dies unterstützen.

Wir kämpfen für die Idee einer anderen politischen Union Europas, die wir Linken der Rückkehr zum Nationalstaat entgegenstellen, für andere Kräfteverhältnisse, für ein Ende des Sparwahns! Wichtig und unabdingbar ist dafür auch der Kampf um die Einheit der Linken auf europäischer Ebene, jeder Spaltung ist eine Absage zu erteilen.

Eine demokratische politische Union würde auf einer Verfassung beruhen, über die die Bevölkerung nach breiter öffentlicher Diskussion über solidarische, soziale und ökologische Ziele abstimmt.

Wir brauchen föderale Strukturen und neue Formen der partizipativen Demokratie.

Keine EU der Banken und Konzerne!

Für diese Ziele kämpfe ich an der Seite der Umwelt- und Arbeiterbewegung und bitte um Eure Unterstützung!